S I T Z U N G

Gremium: Stadtrat

Sitzungstag: Dienstag, den 22.10.2024

Sitzungsort: im Mehrzweckraum, Adam-Riese-Halle, St-Georg-Str. 12, 96231 Bad Staffelstein

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:45 Uhr

Von den 25 ordnungsgemäß geladenen Mitgliedern des Stadtrates waren 17 anwesend, 8 entschuldigt, - nicht entschuldigt, so dass die beschlussfähige Zahl, nämlich mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl, anwesend war.

T a g e s o r d n u n g :

1. Quartiersmanagement Bad Staffelstein; Vorstellung des Arbeitsprogramms

2. Strategische Kanalsanierung - Kanalunterhalt, Vorstellung Zeit- und Kostenablaufplan

3. 1. Änderung des Bebauungsplans "Reundorfer Straße", Ergebnis der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB, § 4 Abs. 2 BauGB; Satzungsbeschluss

4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Solarpark Stadel und 4. Änderung des FNP: Billigungs- und Auslegungsbeschluss für die erneute Beteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB

5. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Photovoltaik Steinbruch Uetzing" und 7. Änderung des FNP; Billigungs- und Auslegungsbeschluss für die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

6. Stellungnahme zur Erweiterung des Kiesabbaus mit Laufverlängerung des Mains zwischen Wiesen und Niederau durch die Fa. Heinrich Schramm GmbH Co.KG; Planfeststellungsverfahren nach § 68 WHG und Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

7. Bestätigung des neugewählten Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Bad Staffelstein

8. Antrag der Fraktionen CSU und Junge Bürger vom 24.09.2024 auf Ausstattung aller Ortschaften mit einem frei zugänglichen Frühdefibrillator

9. Sonstiges öffentlich

Begrüßung

Erster Bürgermeister Schönwald eröffnete die Sitzung und stellte nach Begrüßung der Anwesenden die frist- und formgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

TOP 1	Quartiersmanagement Bad Staffelstein; Vorstellung des Arbeitsprogramms

Sachverhalt / Rechtslage:

Das seit Juli 2024 neu eingesetzte Quartiersmanagement, bestehend aus der Bietergemeinschaft Schütz-Schumann-Freund, die sich zwischenzeitlich zur „Weitblick UG – Konzepte für Stadt und Land“ umfirmierte, stellte in der Sitzung sein Arbeitsprogramm für die Auftragsperiode 2024 bis 2026 vor.

Eine hohe Priorität liegt auf dem Beschilderungskonzept und den Sonderfonds,verdeutlichten Henrik Schumann und Lisa Schütz. Für beide Punkte müssen bis 15.12.2024 die Konzeptionen mit Kostenaufstellung und Terminplanung bei der Städtebauförderung eingereicht werden, um die zugesagten Fördermittel nicht zu verlieren.

Bei den Sonderfonds handelt es sich um folgende Maßnahmen:

- Fortführung des Adam-Riese-Boten (30.000 €) mit klarerer Strukturierung im Interesse der Fördermittelabrechnung in Themen der Stadtentwicklung, Bekanntmachungen der Stadt / Veranstaltungshinweise, Sonstiges und Anzeigen
- Tag der Vereine (15.000 €), denkbar sind eine Schlittschuhbahn, ein Open-Air-Kino und ein Tag der Vereine
- Audioguide (50.000 €), soll eine App basierende Lösung via Smartphone werden, Ausschreibung erfolgte bereits
- Adam-Riese-Erlebnis-Pfad (160.000 €), angedachte Route sollte in der Lenkungsgruppe überarbeitet werden, Erst-Idee nach dem Ergebnis aus dem Ideenwettbewerb ist die Platzierung der Zahlen vom Badesee bzw. Obermain Therme in die Innenstadt, der Pfad soll Informationen zur Stadtgeschichte und/oder Zeitgeschichte um 1500 zum Leben und Wirken von Adam Riese vermitteln sowie Wissenswertes um Zahlen/Ziffern und spannende Mathematik, Herausforderung ist die Aufstellung der vier Meter hohen Zahlen im Bezug auf die Statik und Verkehrssicherheit
- Regionalmarkt (140.000 €), Erst-Idee Initiierung eines Abendmarktes an zunächst zwei Tagen jeweils Donnerstag in 2025 in der oberen Bahnhofstraße und auf dem Marktplatz für regionale Anbieter/Betreiber von Hofläden
- Bad Staffelstein leuchtet (30.000 €)
- Öffentliche Galleria (30.000 €)
- Informationstafeln an Sanierungsobjekten (25.000 €)
- Aktions- und Erlebnisfläche für Kunst & Kultur (60.000 €)

Weitere Schwerpunkte und Zielsetzung können der Präsentation des Quartiersmanagement in der Anlage entnommen werden.

Auf Anfrage von StR Ernst V. nach der Förderung für schnell auf- und abbaubare Marktstände für den Abendmarkt teilte Herr Schumann mit, dass dies in entsprechendem Rahmen möglich ist. Es muss klar definiert werden. Beginnen möchten sie mit 6 Ständen.

Des Weiteren interessierte StR Ernst V. der Spielplatz und die Route für den Adam-Riese-Erlebnis-Pfad. Nach Auskunft von Frau Schütz wollen sie in der Lenkungsgruppe Sonderfonds ein fertiges Konzept mit Vorschlägen A und B einbringen und in dieser Besprechung eine Idee für die Umstellung der Route abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Bad Staffelstein billigt das vorgestellte Arbeitsprogramm des Quartiersmanagements und beauftragt die „Weitblick UG – Konzepte für Stadt und Land“ mit der vorgeschlagenen Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0

TOP 2	Strategische Kanalsanierung - Kanalunterhalt, Vorstellung Zeit- und Kostenablaufplan

Sachverhalt / Rechtslage:

Mit dem vom Landratsamt Lichtenfels erlassenen Bescheid vom 04.10.2023 wird die Frist zur Durchführung der Zustandsbewertung und der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen am gesamten Kanalnetz der Stadt Bad Staffelstein auf 31.12.2029 festgesetzt.

In der Stadtratssitzung vom 13.10.2020 wurde durch das mit der Kanalsanierung beauftragte Ingenieurbüro ISAS, Erlangen mitgeteilt, dass das gesamte Kanalnetz aufgrund der Eigenüberwachungsverordnung EÜV in Bayern vom 20.09.1995 in einem 10 Jahreszyklus vollständig untersucht werden muss.

Die Stadt Bad Staffelstein befindet sich im ersten Sanierungszyklus mit dementsprechend erwartbaren hohem Sanierungsbedarf.

Aktuell wurden von insgesamt 159,3 km Kanalrohrlängen bereits ca. 58,2 km Kanalrohrlänge untersucht, wobei davon 32,7 km nicht sanierungsbedürftig bzw. vollständig schadensfrei sind. Von den 159,3 km Kanalrohrlängen sind 3,8 km bereits saniert bzw. in Sanierung befindlich und ca. 2,5 km Kanal werden gerade vorbereitet (BA 5 und 6).

Die Planung und Umsetzung jedes einzelnen Bauabschnitts der Sanierung des Kanalnetzes der Stadt Bad Staffelstein erstreckt sich über jeweils mindestens drei Jahre wie folgt:

- Abschnittsweise Kanalbefahrung und deren Auswertung (1. Jahr)
- Planung und Ausschreibung der Baumaßnahmen (2. Jahr)
- Durchführung der Baumaßnahmen (3. Jahr)

Daher ist es erforderlich Aufträge zu vergeben, deren Kosten erst im Folgejahr kassenwirksam werden, wofür eine haushaltsrechtliche Ermächtigung notwendig ist:

Die Ingenieursdienstleistungen (Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung) für die Kanalsanierungsabschnitte BA 5 und 6 wurden mit den Aufträgen vom 01.02.2024 an das Ingenieurbüro ISAS vergeben. Die Ingenieursdienstleistungen für die, als Grundlage für die entsprechenden Sanierungsabschnitte notwendigen, SAT-TV-Befahrungen wurden für den BA 5 und BA 6 mit den Aufträgen vom 01.02.2024 ebenfalls bereits an das IB ISAS vergeben. Die Planungsleistungen sind weitgehend abgeschlossen. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel wurden mit dem Stadtratsbeschluss vom 19.09.2023 für das Haushaltsjahr 2024 bereitgestellt.

Aktuell wird der 4. Abschnitt der Hauptkanalbefahrung durchgeführt, dieser wird in den nächsten Monaten abgeschlossen. Bis ca. Ende März 2025 erfolgt die Auswertung, anschließend ist diese Leistung im Verwaltungshaushalt abzubilden.

Die Ingenieursdienstleistungen für den anschließenden 5. Abschnitt der Hauptkanalbefahrung (Planungsgrundlage für die weiteren Sanierungsabschnitte), mit planmäßiger Ausführung in 2025, müssen im 4. Quartal 2024 vergeben werden. Bis ca. Ende März 2026 erfolgt die finale Auswertung. Für diese Leistung sind im Verwaltungshaushalt für das Jahr 2024: 8.000 €, für das Ausführungsjahr 2025: ca. 70.000 € sowie für das Auswertungsjahr 2026: ca. 43.000 zu bezahlen.

Zudem steht in 2025 die Vergabe der Planungsleistungen für die Bauabschnitte 7 und 8 (Bauausführung in 2026) sowie die zugehörige SAT-TV-Inspektion der Hausanschlüsse an. Hierfür werden Mittel in Höhe von voraussichtlich 230.000 € benötigt. Da die Vergabe der Planungsleistungen ebenfalls im Frühjahr 2025 erfolgen müsste, um eine Bauausführung in 2026 sicherzustellen, ist auch ein Beschluss für die Bereitstellung dieser Mittel im Vermögenshaushalt 2025 erforderlich.

Außerdem sieht der Zeit- und Kostenablaufplan vor, dass für die anstehenden Bauabschnitte BA 5 und 6 die Ausschreibung und die Vergabe der Bauleistungen (inkl. SAT-TV Inspektion) noch im 4. Quartal 2024 erfolgen soll.

Die geschätzte Auftragssumme für die Durchführung der Bauabschnitte 5 und 6 beträgt ca. 582.000 € (inkl. SAT-TV Inspektion und Ingenieursdienstleistungen). Um diese Leistungen vor Inkrafttreten des Haushalts 2025 beauftragen zu können, ist ein Beschluss über eine Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den Vermögenshaushalt 2025 erforderlich.

In der Summe ergibt sich:

Ingenieursdienstleistungen (Bauüberwachung) BA 5 und 6 incl. Auswertung Befahrung Hausanschlüsse	102.000 €
Kanalsanierung BA 5 und 6	480.000 €
Auswertung 4. Abschnitt Hauptkanalbefahrung	40.000 €
Planungsleistungen BA 7 und 8 incl. Planung Befahrung Hausanschlüsse	230.000 €
Hauptkanalbefahrung 5. Abschnitt	70.000 €
Summe der in 2025 erforderlichen Mittel, die voraus. vor Inkrafttreten des Haushalts 2025 zu beauftragen ist	922.000 €

Zusätzlich zu den oben genannten Mitteln empfiehlt das IB ISAS einen Puffer i. H. v. 20.000 € für Unvorhergesehenes (Massenmehrungen, Befahrungen vor Ende der Gewährleistung, Tiefbau) vorzusehen.

Aufgrund der aktuell angespannten Haushaltslage soll jedoch zunächst, d.h. im letzten Quartal 2024, lediglich der BA 5 (inkl. SAT-TV) sowie die anschließende Hauptkanalbefahrung (5. Abschnitt) zur Ausführung freigegeben und dementsprechende Haushaltsmittel für das Jahr 2025 bereitgestellt werden.

Zusammenfassend würden sich die folgenden Summen ergeben:

Ingenieursdienstleistungen (Bauüberwachung) BA 5 incl. Auswertung Befahrung Hausanschlüsse	51.000 €
Kanalsanierung BA 5	240.000 €
Auswertung 4. Abschnitt Hauptkanalbefahrung	40.000 €

Hauptkanalbefahrung 5. Abschnitt	70.000 €
Summe der in 2025 erforderlichen Mittel, die voraus. vor Inkrafttreten des Haushalts 2025 zu beauftragen ist	401.000 €

Über die Durchführung und Mittelbereitstellung für den BA 6, sowie für die Ingenieursdienstleistungen im Zusammenhang mit den Folgeabschnitten 7 und 8 soll in der Stadtratssitzung im Januar ein separater Beschluss gefasst werden.

Die Kanalsanierung im Stadtgebiet Bad Staffelstein wird nach RZWas 2021 gefördert. Für die Kanalsanierung nach Nr. 2.2.1 RZWas 2021 zur baulichen Sanierung von in Summe 6.868 Metern bestehender Abwasserkanäle wird gemäß Zuwendungsbescheid vom 31.08.2023 eine Zuwendung von 1.225.938 Euro in Aussicht gestellt. Der Bewilligungszeitraum ist auf vier Jahre festgesetzt (bis 30.08.2027).

Die im Bewilligungsbescheid genannten Kanalsanierungslängen wurden unter der Annahme festgelegt, dass jährliche zwei Sanierungsabschnitte mit je ca. 350.000 € Baumittel zur Durchführung freigegeben werden. Um die Fördermittel optimal ausschöpfen zu können, empfiehlt es sich deshalb die Vergabe des BA 6 ab Januar durchzuführen. Bei geringerer Jahresleistung kann es dazu kommen, dass die beantragten und bewilligten Fördergelder nicht in voller Höhe ausgeschöpft werden können.

Herr Mikosch vom IB ISAS stellte in der Sitzung einen Zeit-Kostenablaufplan vor, der die beschriebenen Sachverhalte veranschaulichte.

Zweiter Bürgermeister Then interessierte, welche Straßen zur Sanierung vorgesehen sind. Nach Auskunft von Stadtbaumeister Schmidt ergab die Befahrung des Schmutz- und Oberflächenwasserkanals in Stadel, dass der Oberflächenwasserkanal aufgrund des desolaten Zustandes nicht mehr im Inlinerverfahren saniert werden können, d.h. die Sanierung erfolgt im offenen Verfahren. Da der Landkreis diese Kreisstraße in Stadel sanieren will, wird der Synergieeffekt für die notwendigen Kanalarbeiten genutzt.

Auf Anfrage von StR Ernst V. zur Marktlage erklärte Herr Mikosch, dass das Leistungsverzeichnis für Baufirmen so attraktiv gestaltet werden muss, dass diese sich frei bewegen können. Aufgrund der schlechten Situation im Moment, wird die Ausschreibung deshalb ins nächste Jahr verschoben.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Bad Staffelstein beschließt im Vorgriff auf den noch nicht verabschiedeten Haushalt 2025, dass darin zunächst insgesamt 401.000 € (entspricht BA 5 und 5. Hauptkanalbefahrung) für den Kanalunterhalt zur Verfügung gestellt werden. Über die einzelnen Vergaben wird zu gegebener Zeit in den jeweils zuständigen Gremien entschieden.

Voraussichtlich in der Januarsitzung wird über die weitere Mittelbereitstellung für die Folgeabschnitte mit prognostizierten Kosten von ca. 541.000 € (inkl. Puffer) entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0

Ein StR war bei der Abstimmung nicht im Raum anwesend.

TOP 3	1. Änderung des Bebauungsplans "Reundorfer Straße", Ergebnis der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB, § 4 Abs. 2 BauGB; Satzungsbeschluss

Sachverhalt / Rechtslage:

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 16.04.2024 den Entwurf für die 1. Änderung des Bebauungsplans „Reundorfer Straße“ (Fassung vom 16.04.2024) gebilligt und die Verwaltung beauftragt, für diesen eine Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gem. § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Diese fand in der Zeit vom 26.08.2024 bis 27.09.2024 statt. Seitens der Öffentlichkeit sind keine Stellungnahmen abgegeben worden. Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden folgende Stellungnahmen abgegeben:

Ergebnis der förmlichen Behördenbeteiligung nach den § 4 Abs. 2 BauGB:

Nicht geantwortet haben:

- Wasserwirtschaftsamt Kronach
- Bund Naturschutz in Bavern e.V.

Es wurden in der Antwort keine neuen Einwände erhoben:

- Amt für Ernährung. Landwirtschaft und Forsten Coburg-Kulmbach
- Regierung von Oberfranken. Bayreuth

Folgende Stellen hatten Anregungen:

- Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
- Landratsamt Lichtenfels
- Regierung von Oberfranken-Bergamt Nordbayern

1. Stellungnahme vom Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung vom 9. September 2024

„Sehr geehrte Damen und Herren,

mit E-Mail vom 22. August 2024 haben Sie den Entwurf des oben genannten Bebauungsplans einschließlich Begründung vorgelegt. Als Träger öffentlicher Belange hat das Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (ADBV) Coburg keine Einwände gegen die dargestellten Planungen.

Wir möchten lhnen jedoch einige Hinweise geben, die berücksichtigt werden sollten:

1. Die Grenzdarstellung in der Entwurfsplanung entspricht nicht dem aktuellen Stand des Liegenschaftskatasters, da zwischenzeitlich die Parzellierung des Baugebietes erfolgt ist. Daher sind sowohl die Kartengrundlage als auch die Aufzählung der im Geltungsbereich des Bebauungsplans liegenden Flurstücke zu aktualisieren.
2. Bei Maßnahmen mit Grenzbezug (bspw. einzuhaltenden Grenzabständen oder Abstandsflächen, Grenzbebauung) ist eine Überprüfung und ggf. Wiederherstellung der entsprechenden Grenzpunkte anzuraten.

3. Bezüglich des Gebäudebestandes ist nicht sichergestellt, dass alle derzeit vorhandenen Gebäude in der Planungsgrundlage lückenlos enthalten sind. Insbesondere kleine Nebengebäude sind nicht immer einmessungspflichtig und deshalb nicht unbedingt in der Digitalen Flurkarte (DFK) vorhanden. Ebenso können bereits errichtete einmessungspflichtige Gebäude noch nicht vermessungstechnisch erfasst und daher ebenfalls nicht in der DFK enthalten sein.

Für Rückfragen stehen wir lhnen gerne zur Verfügung …“

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Stellungnahme des Amts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Coburg vom 9. September 2024 zur Kenntnis. Der Planung wird die aktuelle digitale Flurkarte zugrunde gelegt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Da die Grenzen aktuell neu abgemarkt wurden, sollte eine Wiederherstellung der Grenzpunkte nicht erforderlich sein.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0

2. Stellungnahme der Regierung von Oberfranken, Bergamt Nordbayern vom 20.09.2024

„Sehr geehrter Herr Köhler,

nach den hier vorliegenden Unterlagen werden durch o.g. Vorhaben keine derzeit von der Regierung von Oberfranken - Bergamt Nordbayern - wahrzunehmenden Aufgaben berührt. Sollten bei den Baumaßnahmen altbergbauliche Relikte angetroffen werden, sind diese zu berücksichtigen und das Bergamt Nordbayern zu verständigen.

Mit freundlichen Grüßen“

Beschluss:

Ein entsprechender Hinweis für den Fall, dass altbergbauliche Relikte gefunden werden, wird in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0

3. Stellungnahme der Landratsamtes Lichtenfels vom 27.09.2024

3.1. Immissionsschutz

„Nach Durchsicht der Unterlagen, beziehen sich die fachtechnisch relevanten geplanten Änderungen im Bebauungsplan lediglich um die textliche Anpassung der Nr. 2.4 Technische Anlagen zur Energieerzeugung sowie zur Wärmeumwandlung. Die Änderungen umfassen die Streichung des festgesetzten Schalldruckpegels, die Streichung des lnnenaufstellungsgebots und die Ergänzung der Anforderungen nach TA Lärm. Aus fachtechnischer Sicht bestehen keine Bedenken bzw. Einwände gegen die geplanten Anpassungen.“

Kein Beschluss erforderlich.

3.2. Naturschutz

„Die Festsetzungen entsprechen den Abstimmungen mit der unteren Naturschutzbehörde und können so aufgenommen werden. Es wird gebeten, künftig zuverlässig die jährliche Dokumentation vorzulegen."

Kein Beschluss erforderlich.

3.3. Wasserrecht

„Im Rahmen der 1. Änderung des Bebauungsplans ,,Reundorfer Straße" im Stadtteil Schönbrunn wird u.a. gemäß Ziffer 1.6 der textlichen Festsetzungen für Wohngebäude sowie für Garagen und Nebengebäude jeweils eine Mindesthöhe für die Rohfußboden-Oberkante in Abhängigkeit des jeweils geltenden Wertes des Extremhochwassers bzw. des hundertjährigen Hochwasserereignisses festgesetzt. Diese Werte sind laut der Festsetzung aktuell 258,30 m ü. NHN für das Extremhochwasser und 257,70 m ü. NHN für das HQ100. Gemäß textlicher Festsetzung Ziffer 1.2.4 darf die Oberkante des Erdgeschossfußbodens nicht höher als 65 cm über dem Mittel des angrenzenden Erschließungsstraßenniveaus liegen. Hier ist aufgrund der unterschiedlichen Wortwahl wohl der Fertigfußboden gemeint. Laut Nr. 5.3 der Begründung zur 1. Änderung fällt das Gelände im Planbereich von rund 263 m ü. NN im Süden auf rund 258 m über NN im Nordwesten und 257 m ü. NN im Nordosten. Es wird davon ausgegangen, dass das Erschließungsstraßenniveau vorher ermittelt wurde, so dass in den betroffenen Bereichen beide Festsetzungen gleichzeitig einhaltbar sind (Rohfußboden-Oberkante über Hochwasserwert aber Oberkante Fertigfußboden höchstens 65 cm über Mittel Erschließungsstraßenniveau), da die Festsetzungen sich sonst ggf. entgegenstehen würden und damit nicht vollziehbar wären.

Allgemeine Hinweise

„Wir bitten, bei allen Verfahrensschritten von Bauleitplan- und Satzungsverfahren die Planunterlagen in digitaler Form (Planzeichnung als georeferenzierte Rasterdatei- jpg-, tif- oderpng-Format - mit Worddatei im neuen amtlichen Koordinatenbezugssystem ETRS 89 / UTM Zone 32N getrennt von Textteilen, alle übrigen Unterlagen im pdf-Format, wobei die Festsetzungsdatei mit Lesezeichen zu versehen ist) per Email an katin.waqner@landkreis-lichtenfels.de zu übersenden. Bei abschließender Übersendung des/der mit den Verfahrensvermerken vervollständigten und in Kraft gesetzten Bebauungsplanes/Satzung bitten wir die Richtlinien für die Abgabe von digitalen Bauleitplänen auf unserer Homepage zu beachten. Der Regierung von Oberfranken sind die Unterlagen im PDF-Format per Email an die Adresse poststelle@regofr.bavern.de mit dem Betreff ,,Rechtswirksamkeit eines Bauleitplanes oder einer Satzung nach § 34 Abs. 4 oder § 35 Abs. 6 BauGB" zu übermitteln (vgl. Schreiben der Regierung von Oberfranken vom 20.12.2019, Az.: 32-416/1/2019, ergänzt durch Schreiben vom 24.08.2022, Az.: 32-416-1/2022).
Wir bitten abschließend, uns das Ergebnis der Behandlung unserer Anregungen mitzuteilen."

Beschluss:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Festsetzungen zur Höhenlage von Gebäuden gehen mit der vorliegenden Erschließungsplanung konform.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0

Ergebnis der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung:

Da keine relevanten Änderungen am Entwurf erfolgt sind und die Änderung des Bebauungsplans im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB stattfindet, ist eine zweite Auslegung nicht erforderlich. Es konnte somit der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Bad Staffelstein beschließt den unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse vom IVS Ingenieurbüro GmbH erarbeiteten Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans „Reundorfer Straße“ in der Fassung vom 22.10.2024 als Satzung.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss nach Vorliegen der Bekanntmachungsvoraussetzungen ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0

TOP 4	**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Solarpark Stadel und 4. Änderung des FNP: Billigungs- und Auslegungsbeschluss für die erneute Beteiligung nach § 4a Abs. 3 BauGB**

Sachverhalt / Rechtslage:

Das Ergebnis der förmlichen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach den §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Stadel“ und die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes wurde bereits in der Stadtratssitzung am 24.09.2024 behandelt und entsprechende Änderungen des bisherigen Entwurfs vom Stadtrat beschlossen. Dazu wird auf die Beschlussvorlage 2024/918 vom 13.09.2024 verwiesen.

Zu dieser Sitzung lagen die geänderten Entwürfe für den Bebauungsplan und die Änderung des Flächennutzungsplanes einschließlich der geänderten Begründungen noch nicht vor, so dass der Billigungs- und Auslegungsbeschluss für die aufgrund der Änderungen am Entwurf notwendige erneute Auslegung des Bebauungsplanentwurfs in der Sitzung am 24.09.2024 nicht gefasst werden konnte.

Noch geändert werden soll der Beschluss aus der Sitzung vom 24.09.2024 zu einer Stellungnahme aus der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB unter Buchstabe B) Nr. 2, Stellungnahme vom 15.03.2024:

In dem Beschluss dazu war u.a. wie folgt formuliert:

„Regenrückhaltemulden

In der südwestlichen Ecker der Fläche 4 sowie am südlichen Tiefpunkt der Fläche 2 wird je eine ca. 100 m³ große Rückhaltemulde (Kleinstrückhaltebecken) mit gedrosseltem Abfluss in den jeweiligen Wegseitengraben angelegt.“

Das Wort bzw. die Abkürzung „ca.“ soll durch das Wort bzw. die Abkürzung „max.“ ersetzt werden.

Diese Formulierung („maximal 100 m³ große Rückhaltemulde) entspricht dann der Formulierung unter Nr. 4.2.2 des Gutachtens des Ingenieurbüros für Geotechnik Gartiser, Germann & Piewak vom 30.08.2024.

Beschluss:

Der Beschluss vom 24.09.2024 unter Nr. B) 2. Zur Stellungnahme vom 15.03.2024 wird bezüglich der Regenrückhaltemulden wie folgt geändert:

„Regenrückhaltemulden

In der südwestlichen Ecke der Fläche 4 sowie am südlichen Tiefpunkt der Fläche 2 wird je eine max. 100 m³ große Rückhaltemulde (Kleinstrückhaltebecken) mit gedrosseltem Abfluss in den jeweiligen Wegseitengraben angelegt."

Die geänderten Entwürfe entsprechend den Beschlüssen aus der Sitzung vom 24.09.2024 und dem obigen Änderungsbeschluss dazu liegen zwischenzeitlich vor (siehe Anlagen), so dass der Billigungs- und Auslegungsbeschluss für die erneute Auslegung des Bebauungsplans gefasst werden konnte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Bad Staffelstein billigt den geänderten Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Solarpark Stadel" mit Stand 22.10.2024 und beauftragt die Verwaltung, eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Träger öffentlicher Belange nach § 4a Abs. 3 BauGB im Bebauungsplanverfahren durchzuführen.

Der Stadtrat billigt außerdem den Entwurf für die 4. Änderung des Flächennutzungsplans mit Stand 22.10.2024.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	2

TOP 5	**Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Photovoltaik Steinbruch Uetzing" und 7. Änderung des FNP; Billigungs- und Auslegungsbeschluss für die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**

Sachverhalt / Rechtslage:

Der Stadtrat hat am 28.03.2023 die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Photovoltaik Steinbruch Uetzing" und die dafür notwendige 7. Änderung des FNP im Parallelverfahren beschlossen. Vorhabenträger ist die Firma Amo Debus GmbH & Co. KG als Betreiberin des Steinbruchs bei Serkendorf.

Der Aufstellungsbeschluss sah zwei Teilgebiete für FF-PV-Anlagen vor, einerseits auf einer Teilfläche der Fl.Nr. 2520 der Gemarkung Uetzing (innerhalb des Betriebsgeländes) und andererseits auf vier weiteren Grundstücken nordwestlich des Steinbruchs (Fl.Nr. 2509, 2510, 2511 und 2515). Auf den beigefügten Lageplan mit den beschlossenen Geltungsbereichen wird insoweit verwiesen.

Die Vorhabenträgerin hat nun einen demgegenüber geänderten Vorentwurf vorgelegt, der nur noch eine FF-PV-Anlage im südwestlichen Bereich der Fl.Nr. 2520 vorsieht, also innerhalb des Betriebsgeländes. Auf den beigefügten Plan (Vorentwurf) wird verwiesen (dessen Bezeichnung

wird noch auf „Photovoltaik Steinbruch Uetzing“ geändert). Mit der geplanten Errichtung einer Solaranlage wird im Geltungsbereich aufgefüllte Abbaufläche für Gestein zur Gewinnung regenerativer Energie aus der Sonne genutzt.

Dort soll ein Sondergebiet Photovoltaik zur Nutzung von Sonnenenergie nach § 11 Abs. 2 Satz 2 BauNVO mit einer Grundflächenzahl von 0,5 festgesetzt werden. Diese beinhaltet die durch die Modultische überdeckte Fläche. Für den Geltungsbereich wird eine überbaubare Fläche von 27.863 m² festgesetzt.

Ebenso sind in dem Vorentwurf die notwendigen Ausgleichsflächen enthalten. Die Modulhöhe für die FF-PV-Anlagen wurde auf 4 m begrenzt.

Ein Anschluss an den Verkehr für dieses Grundstück erübrigt sich. Die Eigentümer gelangen über das eigene Grundstück an die Anlage.
Der Anschluss an das Stromnetz kann über das Grundstück des Vorhabenträgers im Boden verlegt werden. Umliegende Grundstücke werden dafür nicht benötigt.

Im Flächennutzungsplan ist an dieser Stelle eine gemischte Baufläche (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 BauNVO) mit einem Steinbruch und Betriebsgebäuden dargestellt. Der betroffene Teil dieser gemischten Baufläche ist in eine Sonderbaufläche für eine FF-PV-Anlage (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO) abzuändern.

Der Vorhabenträger stellte die Planung in der Sitzung am 22.10.2024 noch selbst vor.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die jeweilige Reduzierung des Geltungsbereichs und billigt die Vorentwürfe für

- die 7. Änderung des Flächennutzungsplans sowie
- die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Photovoltaik Steinbruch Uetzing“

jeweils in der Fassung vom 22.10.2024 und beauftragt die Verwaltung bzw. die vom Vorhabenträger damit beauftragte Strukturdesign Ingenieurgesellschaft im Bauwesen mbH, Lichtenfels, mit der Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung für beide Verfahren nach § 3 Abs. 1/§ 4 Abs. 1 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0

TOP 6	**Stellungnahme zur Erweiterung des Kiesabbaus mit Laufverlängerung des Mains zwischen Wiesen und Niederau durch die Fa. Heinrich Schramm GmbH Co.KG; Planfeststellungsverfahren nach § 68 WHG und Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)**

Sachverhalt / Rechtslage:

A) Antragsgegenstand

Die Fa. Kiesgewinnung Heinrich Schramm GmbH & Co. KG (nachfolgend „Antragstellerin“) betreibt auf der Grundlage eines Genehmigungsbescheides aus dem Jahr 2003 seit 2014 Kiesabbau im Vorranggebiet „SD/KS 6 Wiesen“ (Regionalplan Oberfranken-West). Der Geltungsbereich dieser bestehenden Plangenehmigung umfasst eine Fläche von ca. 16,04 ha, die Roh-

stoffgewinnungsfläche beträgt 11,52 ha. Tatsächlich abgebaut wurden bisher 7,84 ha. Die auf Grundlage des o.g. Bescheids genehmigte Rekultivierungsplanung sieht als Folgenutzung (bisher) die Entwicklung eines „Biotopsees“ vor.

Die Antragstellerin beabsichtigt nun, die Sand- und Kiesgewinnung in das südlich und östlich angrenzende Vorbehaltsgebiet „SD/KS 34 Niederau“ entlang des Mains auszudehnen. Die Größe des gesamten Antragsgebiets, das den bisher genehmigten Bereich umfasst, beträgt 72,30 ha, so dass die neu hinzukommende Fläche 56,26 ha beträgt. Der bisher genehmigte Abbaubereich und die Grenzen der beantragten Abbaubereichs ergeben sich aus dem beigefügten Lageplan.

Beantragt ist die Rohstoffgewinnung im Tagebau als Nassbaggerung, also auch im Grundwasser. Dafür ist für die Vorhabenteilflächen (nur) westlich des Mains auch die Erlaubnis für temporäre Grundwasserabsenkungen beantragt.

Ortsfeste Betriebseinrichtungen (z.B. Betriebsgebäude) sind nicht geplant, bei Bedarf werden für das Betriebspersonal mobile Unterkünfte (Bauwagen) bzw. Sanitäranlagen („Dixi-Toiletten“) eingesetzt.

Das Vorhaben ist in insgesamt sieben Bauabschnitte unterteilt, deren Nummerierung aber keine zeitliche Abfolge wiedergibt. Diese ist im Wesentlichen abhängig vom Erfolg des Grunderwerbs.

Zugleich dient das Vorhaben dem ökologischen Gewässerausbau in Form der geplanten Laufverlängerung des Mains zwischen Wiesen und Niederau. Kooperationspartner hierfür ist der Freistaat Bayern, vertreten durch das Wasserwirtschaftsamt Kronach.

Die Abbauabschnitte I, III und V dienen rein der Rohstoffgewinnung, die Abschnitte II, IV und VI beinhalten auch flussbauliche Maßnahmen, der BA VII beinhaltet nur die Durchführung von Rekultivierungsmaßnahmen. Das Abbauende ist für das Jahr 2044 geplant. Die Rekultivierung soll parallel zur Vorhabenrealisierung erfolgen und daher ebenfalls 2044 abgeschlossen sein.

Die Abfuhr des Materials für die Flächen westlich des Main erfolgt über die Kreisstraße LIF 7 (Döringstadter Straße) in Richtung Süden, im weiteren über die Kreisstraßen LIF 8 und 25 an Oberbrunn vorbei bis zur Autobahnanschlussstelle 16 (Ebensfeld) der BAB 73, von dort weiter bis zum Kieswerk der Antragstellerin in Trieb.

Für die Flächen östlich des Mains erfolgt die Abfuhr über die Gemeindeverbindungsstraße zwischen Niederau und Unterneuses bis zur Einmündung in die Staatsstraße 2197, auf dieser weiter bis zum Kreisverkehr am Äußeren Frankenring, von dort bis zur Anschlussstelle „Staffelstein“ der BAB 73 und anschließend auf dieser weiter nach Trieb.

Soweit anfallender Rohstoff innerhalb des Abbaubereichs verschoben werden muss, beabsichtigt die Antragstellerin, diesen auf dem kürzesten Weg über temporäre Mainfurten und damit ohne Transporte durch die umgebenden Siedlungs- und Straßenflächen zu verfrachten.

Der östlich des Mains verlaufende, überörtliche Main-Radweg wird durch die Vorhabenrealisierung in seiner Nutzbarkeit nicht eingeschränkt. Die Antragstellerin wird dessen nördlichen Teil vor Beginn der Arbeiten im BA III in den im Rekultivierungsplan am östlichen Geltungsrandbereich dargestellten Korridor verlegen und analog dessen südlichen Teil vor Beginn der Arbeiten im BA V ebenfalls in den östlichen Geltungsbereichsrand.

Die Arbeiten erfolgen im Einschichtbetrieb tagsüber von Montag bis Freitag und in der Regel nicht in der Winterzeit.

B) Zu den Verwaltungsverfahren

Der beantragte Kies- und Sandabbau und der ökologische Gewässerausbau durch eine Laufverlängerung des Mains werden in einem gemeinsamen („integrierten“) wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahren beim Landratsamt Lichtenfels geprüft. Die Stadt Bad Staffelstein wurde im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens vom Landratsamt Lichtenfels als Träger öffentlicher Belange (gesondert) um Stellungnahme gebeten. Die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens – das für eine Abgrabung dieser Größe grundsätzlich nötig wäre – entfällt bei Plan-

feststellungsverfahren von überörtlicher Bedeutung, wenn die Gemeinde beteiligt wird (§ 38 Satz 1 BauGB).

Für das Vorhaben gab es bereits ein früheres Planfeststellungsverfahren, mit dem sich der Stadtrat in öffentlicher Sitzung am 12.04.2022 befasst und folgende Stellungnahme beschlossen hat:

1. Die nach dem Abbau geplanten neuen Wasserflächen sollen auf ein Minimum reduziert werden. Demnach wird die Notwendigkeit des geplanten Angelsees mit einer Fläche von ca. 15 ha in Frage gestellt, hier sollte primär die Wiederverfüllung und Wiedernutzbarmachung als landwirtschaftliche Fläche angestrebt werden. Die Mainverlängerung, die vorrangig der Verringerung der Fließgeschwindigkeit dienen soll, sollte nach Möglichkeit auf eine Schleife reduziert werden. Dies entspräche auch den in der Uraufnahme abgebildeten Ursprungszustand des Maines.

   Ein entsprechender Nachweis wäre gegenüber der Stadt Bad Staffelstein zu erbringen.

2. Es ist zu prüfen, ob im Zuge der Renaturierung nicht mehr Flächen wieder einer späteren landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden können. Während der Abbauphase ist sicherzustellen, dass die Eigentümer bzw. deren Pächter ihre noch nicht beanspruchten Flächen über das öffentliche Wegenetz erreichen können.

3. Der vorhandene Verbindungsweg zwischen der Mainbrücke bei Wiesen und dem Ebensfelder Stadtteil Niederau ist ein stark frequentierter Radweg und fest in das überregionale Radwegenetz eingebunden. Die Umverlegung mit entsprechendem Ausbau inklusive Beschilderung hat vor Beginn der Maßnahme auf Kosten des Maßnahmenträgers zu erfolgen. Aus touristischen Gesichtspunkten sollte geprüft werden, ob eine weitere (fußläufige) Verbindung zwischen den Ortschaften Wiesen und Niederau z. B. als Furt möglich ist, ebenso die Erlebbarmachung der entstehenden Auenfläche durch geeignete Aussichts- und Rastplätze.

4. Seitens der Stadt Bad Staffelstein wird die Überlassung eines Teils der Wertpunkte aus dem Kompensationsüberschuss gefordert. Ebenso einen Teil des durch Geländeabsenkung entstehenden Retentionsraumes. Dadurch würde der Verlust weiterer landwirtschaftlicher Flächen für künftige bauliche Entwicklungen vermieden.

5. Vor der mit dem Kiesabbau einhergehenden Grundwasserabsenkung ist eine entsprechende Beweissicherung durchzuführen und vorzulegen. Während der Abbauzeit hat eine ständige Grundwasserüberwachung bzw. –modellierung zu erfolgen

Dieses Planfeststellungsverfahren wurde ohne Planfeststellung beendet, nachdem die damaligen Antragsteller ihren Antrag im Januar 2023 zurückgenommen haben.

Für das aktuelle Planfeststellungsverfahren erfolgte vom 26.08. bis 26.09.2024 die öffentliche Auslegung bei der Stadt Bad Staffelstein. Gleichzeitig wurden die Antragsunterlagen auf der Internetseite des Landratsamtes veröffentlicht. Einwendungen konnten darüber hinaus bis zum 09.10.2024 erhoben werden.

C) Planungsrechtliche Bewertung

Wie schon ausgeführt, soll der Kiesabbau im Vorranggebiet „SD/KS 6 Wiesen“ und im angrenzenden Vorbehaltsgebiet „SD/KS 34 Niederau“ des Regionalplans Oberfranken West erfolgen.
Ein Bebauungsplan existiert für das Abbaugebiet auf dem Gebiet der Stadt Bad Staffelstein nicht. Der Standort befindet sich im planungsrechtlichen Außenbereich. Der Flächennutzungsplan der Stadt Bad Staffelstein sieht im nördlichen Bereich eine Abgrabungsfläche, im südlichen Bereich (südlich des bisher genehmigten Abbaugebiets) landwirtschaftliche Nutzfläche vor. Das Vorhaben ist in beiden Bereichen als standortgebundener gewerblicher Betrieb privilegiert nach § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB, da der Betrieb auf die geologische Eigenart des Standortes angewiesen ist. Die Darstellung als landwirtschaftliche Nutzfläche kann dem Vorhaben daher nicht entgegen gehalten werden.

D) Berücksichtigung der Einwände der Stadt Bad Staffelstein aus dem Beschluss vom

12.04.2022 im neuen Planfeststellungsverfahren

1. Wie ein Vergleich des alten Rekultivierungsplans vom Dezember 2021 mit dem neuen Rekultivierungsplan zeigt, wurde die Forderung der Stadt Bad Staffelstein, auf den Angelsee im Südwesten des Plangebiets zu verzichten, vollständig erfüllt. Dagegen wurde die Forderung, die Laufverlängerung auf eine Mainschleife zu verkürzen, nicht aufgegriffen, auch wenn von den drei geplanten Mainschleifen nur eine (die mittlere) auf dem Gebiet der Stadt Bad Staffelstein liegt.

   Daneben wird in den Antragsunterlagen zum Planfeststellungsverfahren festgestellt, dass die Antragstellerin auf die Herstellung eines (weiteren) Biotopsees, wie sie in Folge des 2003 genehmigten Kiesabbaus bereits planfestgestellt wurde, trotz des damit für die Antragstellerin verbundenen Rekultivierungsmehraufwands freiwillig verzichtet.

2. Korrespondierend mit dem Wegfall des Angelsees wurde die landwirtschaftliche Nutzfläche im Südwesten deutlich vergrößert:
   Bisher im Plangebiet vorhanden sind ca. 42,85 ha Ackerflächen, ca. 8,24 ha intensiv bzw. mäßig extensiv genutzte Grünlandflächen und ca. 2,59 ha artenreiche Extensivwiesen, die von der Landwirtschaft unterhalten, gepflegt, genutzt werden. Demnach wurden bisher insgesamt ca. 53,68 in irgendeiner Form landwirtschaftlich genutzt.
   Die erste Planfassung sah demgegenüber Ackerflächen im Umfang von ca. 9,42 ha und Grünland-/Wiesenflächen im Umfang von ca. 27,86 ha vor. Demnach hätten in diesem Planfall künftig ca. 37,28 ha in irgendeiner Form landwirtschaftlich genutzt werden können. Faktisch wäre es für die Landwirtschaft gegenüber dem Status quo zu einem Entzug nutzbarer Flächen im Umfang von ca. 16,4 ha (ca. 53,68 ha – ca. 37,28 ha) gekommen. Zudem hätte sich eine Verschiebung von bisher intensiv nutzbaren Ackerflächen hin zu extensiv nutzbaren Grünland-/Wiesenflächen ergeben.
   Die Neuplanung sieht künftig nunmehr ca. 16,18 ha Ackerflächen vor. Gegenüber der ersten Planfassung wurden die Ackerflächen damit um ca. 6,76 ha (= 71,76 %) vergrößert. Die Grünland-/Wiesenflächen weisen jetzt 25,87 ha auf.

   In der Bürgerversammlung in Wiesen am 16.10.2024 wurde insbesondere seitens der Landwirte gefordert, die nach Rekultivierung (wieder-)entstehenden landwirtschaftlichen Nutzflächen weiter zu vergrößern. Nach deren Ansicht bestünde die Möglichkeit dazu, wenn die Forderung auf Reduzierung der Planung auf eine Mainschleife umgesetzt würde.

3. Der Main-Radweg bei Wiesen und dem Ebensfelder Stadtteil Niederau wird auf Kosten des Maßnahmenträgers vor Beginn der BA II bzw. V in den im Rekultivierungsplan am östlichen Geltungsrandbereich dargestellten Korridor verlegt, wie schon dargelegt wurde.

4. Bezüglich der geforderten Überlassung eines Teils der Wertpunkte aus dem Kompensationsüberschuss und eines Teils des durch Geländeabsenkung entstehenden Retentionsraumes an die Stadt Bad Staffelstein, bestehen noch rechtliche Fragen. Verwirklicht die Stadt Bad Staffelstein ausgleichspflichtige Maßnahmen, ist sie zunächst selbst zum Ausgleich verpflichtet. Zudem weist der Maßnahmeträger darauf hin, dass sein Kompensationsüberschuss nicht durch eine „freiwillige“ Überkompensation der Eingriffe entstehen wird, sondern in Folge anderer Regelungen, die ihn dazu zwingen, die Rekultivierung in einem ökologisch hochwertigerem Zustand umzusetzen als ihn der Status quo hat.

   Ob unter diesen Umständen eine Nutzung von Biotopwertpunkten bzw. von Retentionsraum durch einen Dritten (hier die Stadt Bad Staffelstein) zum Ausgleich für dessen Maßnahmen rechtlich überhaupt möglich ist, ist mit den Rechtsaufsichtsbehörden noch zu klären. Die Bitte um Klärung dieser Frage soll daher Teil der Stellungnahme an das Landratsamt werden. Daneben wird der Maßnahmeträger gebeten zu erklären, ob und in welchem Umfang er im Falle der rechtlichen Möglichkeit zu einer solchen (unentgeltlichen) Abtretung bereit wäre.

5. Bezüglich der Grundwasserabsenkung wird nach Mitteilung des von der Antragstellerin mit der Erstellung der Planunterlagen beauftragten Ingenieurbüros an den baulichen Anlagen in

unmittelbarer Nähe des bzw. in den BA I, II und VII eine entsprechende Beweissicherung an Gebäuden, Masten und Straßen durchgeführt. Wie aus dem beigefügten Grundwassergleichenplan (Stichtagemessung 30.10.2023) hervorgeht, wurden die Grundwasserstände vorab ermittelt und eine ständige Grundwasserüberwachung mit Grundwassermessstellen eingerichtet.

Im Ergebnis wurden die Forderungen der Stadt Bad Staffelstein aus dem Beschluss vom 12.04.2022 bis auf

- die Reduzierung der Mainlaufverlängerung auf eine Schleife und
- die Abtretung von Biotopwertpunkten und Retentionsraum aus dem Kompensationsüberschuss der Rekultivierungsmaßnahmen in den neuen Antragsunterlagen

erfüllt. Die beiden unerfüllten Forderungen können in die neue Stellungnahme erneut aufgenommen werden.

Seitens der Bauverwaltung wurde in der Bürgerversammlung am 16.10.2024 in Wiesen mitgeteilt, dass das Verfahren einschließlich der Öffentlichkeitsbeteiligung nach den Vorschriften für (wasserrechtliche) Planfeststellungsverfahren vom Landratsamt geführt wird, das Vorhaben ortsüblich bekannt gemacht wurde und die Einwendungsführer zu einem noch ausstehenden Erörterungstermin seitens des Landratsamtes geladen werden. Hierzu wurde von den Anwesenden aber die Forderung erhoben, der Maßnahmeträger bzw. die mit dem Verfahren befassten Behörden sollten die Bürger über die Maßnahme in einer Informationsveranstaltung selbst informieren und die Einwendungsfrist entsprechend verlängern.

Seitens der Bauverwaltung ist hierzu anzumerken, dass es, auch wenn der Wunsch der Bürger verständlich sein mag, für das Landratsamt rechtlich schwierig werden dürfte, einer solchen Forderung nachzukommen. Denn die Antragstellerin hat einen Anspruch auf ein ordnungsgemäßes, d.h. den gesetzlichen Bestimmungen entsprechendes Verfahren. Nach einer gemäß den gesetzlichen Vorgaben durchgeführten Bürgerbeteiligung kann das Landratsamt das Verfahren vermutlich nicht einfach verlängern, weil dies von Dritten gefordert wird.
Gleichwohl kann das im Rahmen der Bürgerversammlung vorgetragene Anliegen in die Stellungnahme der Stadt aufgenommen werden.

Zweiter Bürgermeister Then informierte das Gremium über die Bedenken der Wiesener Bürger, dass nicht alle Seen wieder verfüllt werden und somit der landwirtschaftlichen Nutzung nicht zur Verfügung stehen. Nach Auskunft von Herrn Rost, WWA Kronach, stehen nach der Planung 11 ha der landwirtschaftlichen Fläche weniger zur Verfügung. Die Vorgabe zur Verfüllung der Seen ist im Planfeststellungsbeschluss enthalten und die Sicherheit stellt das Landratsamt, erklärte er.

Auf Anfrage von StR Schrüfer zur Maininsel im Hinblick auf die Gänseproblematik teilte Herr Rost mit, dass das Problem bekannt ist und deshalb die Inseln sehr flach gehalten werden.

Auf Anfrage von StR Breidenbach zur Grundwasserabsenkung erklärte Herr Rost, dass der Grundwasserstand weitgehend mit dem Mainwasserstand identisch ist. Eine Beweissicherung wurde durchgeführt und 20 Grundwassermessstellen eingerichtet.

Beschluss:

Die Stadt Bad Staffelstein nimmt zum Planfeststellungsverfahren wie folgt Stellung:

1. Die Stadt Bad Staffelstein erkennt an, dass die Antragstellerin den bisher geplanten Angelsee im Südwesten des Plangebiets mit einer Fläche von ca. 15 ha in der neuen Planung ersatzlos gestrichen hat.

   Sie erkennt ausdrücklich auch an, dass die Antragstellerin gemäß den Angaben in den Antragsunterlagen zum laufenden Planfeststellungsverfahren und trotz des damit für sie verbundenen Rekultivierungsmehraufwands auf die Herstellung eines (weiteren) Biotopsees,

wie sie in Folge des 2003 genehmigten Kiesabbaus bereits planfestgestellt wurde, freiwillig verzichtet.

An der bereits im vorausgegangenen Planfeststellungsverfahren von der Stadt Bad Staffelstein erhobenen Forderung, die nach dem Sand- bzw. Kiesabbau geplanten neuen Wasserflächen auf ein Minimum zu reduzieren, wird aber festgehalten. Dazu wird weiterhin gefordert, dass die Mainverlängerung, die vorrangig der Verringerung der Fließgeschwindigkeit dienen soll, nach Möglichkeit von bisher drei auf eine Schleife (im gesamten Plangebiet) reduziert werden soll.

2. Es soll weiterhin geprüft werden, ob im Zuge der Renaturierung mehr Flächen wieder einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden können, insbesondere durch einen Verzicht auf zwei der drei im Plangebiet geplanten Mainschleifen.
   Während der Abbauphase ist sicherzustellen, dass die Eigentümer bzw. deren Pächter ihre noch nicht beanspruchten Flächen über das öffentliche Wegenetz erreichen können.

3. Das Landratsamt wird um Prüfung und Mitteilung gebeten, ob die Überlassung eines Teils der Wertpunkte aus dem Kompensationsüberschuss und eines Teils des durch Geländeabsenkung entstehenden Retentionsraumes an die Stadt Bad Staffelstein im vorliegenden Fall möglich ist. Dadurch würde der Verlust weiterer landwirtschaftlicher Flächen für künftige bauliche Entwicklungen vermieden.

4. Einer Forderung aus der Bürgerversammlung im Ortsteil Wiesen am 16.10.2024 nachkommend, bittet die Stadt Bad Staffelstein um Prüfung, ob eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit in Verbindung mit einer Bürgerinformationsveranstaltung durch die Antragstellerin und/oder die beteiligten Wasser(rechts)behörden rechtlich zulässig ist und diese – sofern zulässig – auch durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	1

TOP 7	**Bestätigung des neugewählten Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Bad Staffelstein**

Sachverhalt / Rechtslage:

Die aktiven Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Bad Staffelstein haben am 27.09.2024 im Rahmen einer Dienstversammlung einen neuen Kommandanten gewählt.

(Als stellvertretender Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Bad Staffelstein übernimmt vorerst Herr Julian Schlund diese Aufgabe. Herr Schlund wurde bereits im Rahmen der Notbestellung am 24.09.24 durch den Stadtrat zum stellv. Kommandanten bestellt.)

Die Wahl brachte folgendes Ergebnis:

Erster Kommandant: Liebl Michael

Das Wahlergebnis wurde am 09.10.2024 zusammen mit der Notbestellung von Herrn Schlund über das Landratsamt an den Kreisbrandrat zur Überprüfung und Stellungnahme zugestellt.

Beschluss:

Die Wahl von Herrn Michael Liebl zum Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Bad Staffelstein wird gemäß Art. 8 Abs. 4 BayFwG bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0

Ein StR war bei der Abstimmung nicht im Raum anwesend.

TOP 8	Antrag der Fraktionen CSU und Junge Bürger vom 24.09.2024 auf Ausstattung aller Ortschaften mit einem frei zugänglichen Frühdefibrillator

Sachverhalt / Rechtslage:

Die Stadtratsfraktionen von CSU und Jungen Bürgern beantragen mit vorbezeichnetem Antrag die Ausstattung aller Ortschaften im Stadtgebiet mit einem Defibrillator und die öffentlich zugängliche Anbringung an Gemeinde- oder Feuerwehrhäusern.
Die Verwaltung hat hierzu bereits die Aktion „Herzsicheres Bad Staffelstein“ zusammen mit dem Verein „Bürger Retten Leben e.V.“ aus Nürnberg initiiert, die aus mehreren Bestandteilen besteht und 2025 durchgeführt werden soll.
Hierbei werden z.B. mehrere Öffentlichkeitsveranstaltungen zum Thema Herzsicherheit und insbesondere auch zum richtigen Umgang mit Defibrillator stattfinden, auch in Zusammenhang mit bestehenden Formaten wie bspw. dem Seniorennachmittag. Hierzu sollen auch die örtlichen Hilfsverbände eingebunden werden. Auch die Mitarbeiter der Stadt Bad Staffelstein werden dahingehend geschult.
Der Verein ermittelt weiterhin die bereits vorhandenen und öffentlich zugänglichen Defi-Standorte im Stadtgebiet und versucht weitere Standorte mittels Spendenfinanzierung zu erschließen. Alle Standorte werden anschließend u.a. in eine Notfall-App integriert, um hier im Notfall schnell den nächstgelegenen Standort finden zu können.
Nach Abschluss der Aktionen erscheint die Broschüre „Herzsicheres Bad Staffelstein“. Sie soll die Bürger über die Veranstaltungen, Standorte der Defis und den Umgang mit den Geräten sowie weitere Gesundheitsthemen informieren und an alle Haushalte verteilt werden.
Hierzu ist der Verein bereits in Zusammenarbeit mit dem Verlag WIKOMmedia an die örtlichen Gewerbetreibenden herangetreten.
Die Aktion ist für die Stadt Bad Staffelstein insgesamt kostenfrei.
Die Verwaltung schlug, über die Aktion „Herzsicheres Bad Staffelstein“ möglichst viele neue Standorte in allen Stadtteilen zu bedienen und nach Abschluss der Aktion die noch verbliebenen Standorte über eigene Initiative gemäß vorliegendem Antrag zu versorgen.

Aufgrund seiner Erfahrungen bei der Verkehrswacht mit ähnlichen Unternehmen und Vorgehensweisen sieht StR Mackert die „Aktion Herzsicheres Bad Staffelstein“ kritisch, da nicht nachvollziehbar ist, was sie von den Sponsoren an Spendengelder einnehmen.

StR Freitag schlug vor, dass die Spenden über das Konto der Stadt laufen.

Nachdem der Verein bereits für die Gemeinde Friedberg tätig war, schlug Zweiter Bürgermeister Then vor, sich bei der Gemeinde nach ihren Erfahrungen zu erkundigen.

Beschluss:

Der Verein „Bürger Retten Leben e.V.“ soll das Projekt „Herzsicheres Bad Staffelstein“ in der nächsten Stadtratssitzung vorstellen und die Verwaltung wird beauftragt, die Erfahrungswerte der Kommune Friedberg zum Verein und der Abwicklung ihres Projektes einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	0

TOP 9	Sonstiges öffentlich

Sachverhalt / Rechtslage:

MILAS

Nach Auskunft von Erstem Bürgermeister Schönwald funktioniert die Technik für das induktive Laden der MILAS Busse. 400 Gäste monatlich nutzen den Shuttle. Es gibt erste Ideen und Ansätze seitens der Projektträger zur Weiterführung des Projektes.

Änderung der Satzung zur Zulassung von PV-Anlagen im Sanierungsgebiet Altstadt

Auf Anfrage von StR Freitag zum Sachstand erklärte Bauamtsleiter Gunreben, dass zu diesem Thema in der letzten Woche eine Tagung im Landratsamt stattfand. Die druckfrische Satzung der Stadt Lichtenfels lässt in öffentlich einsehbaren Bereichen keine PV-Anlagen zu. Nach seiner Ansicht muss die Formulierung in der städt. Satzung so angepasst werden, dass sie auch vollzogen werden kann.

Ausbildungsberufe 2025

Im Jahr 2025 bietet die Stadt drei Ausbildungsberufe (Verwaltungsfachangestellte, Straßenwärter und Umwelttechnologe für Wasserversorgung) an, informierte Erster Bürgermeister Schönwald.

Baustelle Frauendorf

StR Dinkel erkundigte sich, ob in Frauendorf die Sanierung des Gehsteigs und der Bachmauer im Zuge der Baumaßnahme möglich wäre. Nach Auskunft von Stadtbaumeister Schmidt schätzt die Baufirma Raab Kosten für die Gehsteigsanierung in Höhe von ca. 50.000 €. Ein Angebot folgt noch. Die Bachmauer ist in einem schlechten Zustand, aber diese ist nicht Bestandteil der Maßnahme. Über eine Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt müsse noch gesprochen werden, erklärte er.

Auf Anfrage von StR Hagel zum Sachstand NO-Spange erklärte Erster Bürgermeister, dass die Veröffentlichung lt. letzter Mitteilung im Feb./März 2024 erfolgen sollte, was nicht passierte. Auch nach mehrmaliger Nachfrage beim Staatl. Bauamt steht die Antwort noch aus.

StR Kerner interessierte sich für die Laufzeiten des Adam-Riese-Brunnens. Erster Bürgermeister Schönwald sagte zu, die Laufzeiten per Mail an die Gremiumsmitglieder zu senden.

Die Vorkaufsrechte wurden den Mitgliedern im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt.

Für die Richtigkeit:

M a r i o S c h ö n w a l d
Erster Bürgermeister

L e p p e r t
Geschäftsleiter